

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2003 — 1784

[C — 2003/33032]

**24. MÄRZ 2003 — Dekret über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL I — Einsetzung und Aufgaben*

*Einsetzung*

**Artikel 1** - Die Deutschsprachige Gemeinschaft schafft eine pädagogische Inspektion und Beratung für das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte, subventionierte und anerkannte Grundschul-, Sekundarschul- und Hochschulwesen und für die Schulische Weiterbildung.

*Personenbezeichnungen*

**Art. 2** - Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

*Anzahl*

**Art. 3** - Die pädagogische Inspektion und Beratung setzt sich aus vier bis sechs pädagogischen Inspektoren-Beratern zusammen. Die Regierung legt die Anzahl fest.

*Kontrollaufgaben*

**Art. 4** - Die pädagogische Inspektion und Beratung nimmt, was das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte, subventionierte oder anerkannte Grundschul-, Sekundarschul- und Hochschulwesen und die Schulische Weiterbildung betrifft, folgende Kontrollaufgaben wahr:

1. Sie prüft, ob die Unterrichtseinrichtungen die von der Regierung genehmigten Aktivitätenpläne, Studienprogramme oder Lehrpläne einhalten;
2. sie prüft, ob die Unterrichtseinrichtungen die Bestimmungen über die Ferien- und Unterrichtszeit sowie die Mindestwochenstundenpläne einhalten;
3. sie prüft, ob das Gesellschaftsprojekt verwirklicht wird;
4. sie prüft, ob die vorgeschriebenen Entwicklungsziele oder Schlüsselkompetenzen vermittelt werden;
5. sie nimmt an der externen Evaluierung der Schulen teil;
6. sie prüft, ob die Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen über die Regelung der Schulpflicht eingehalten werden;
7. sie prüft, ob die Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen eingehalten werden;
8. sie prüft, ob eine Unterrichtseinrichtung über ausreichend Lehrmittel und angepasste Schulausrüstung verfügt;
9. sie gibt der Regierung Gutachten hinsichtlich der Finanzierung, der Zulassung zur Subventionierung oder der Anerkennung von Unterrichtseinrichtungen oder Unterrichtsabteilungen;
10. sie führt alle weiteren Aufträge aus, die im Gesetz oder Dekret beziehungsweise in den Ausführungsbestimmungen zu den Gesetzen oder Dekreten vorgesehen sind.

*Beratungsaufgaben im Gemeinschaftsunterrichtswesen*

**Art. 5** - Die pädagogische Inspektion und Beratung nimmt, was das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Grundschul-, Sekundarschul- und Hochschulwesen und die Schulische Weiterbildung betrifft, folgende Beratungsaufgaben wahr:

1. Sie koordiniert die Erstellung neuer beziehungsweise die Überarbeitung bestehender Aktivitätenpläne, Studienprogramme oder Lehrpläne;
2. sie entwickelt oder bearbeitet pädagogische Konzepte;
3. sie begleitet und berät die Personalmitglieder vor allem im Hinblick auf die pädagogischen Auffassungen und Methoden;
4. sie führt alle weiteren Aufträge aus, die im Gesetz oder Dekret beziehungsweise in den Ausführungsbestimmungen zu den Gesetzen oder Dekreten vorgesehen sind.

*Ausdehnung der Beratungsaufgabe*

**Art. 6** - Auf Anfrage eines subventionierten oder anerkannten Schulträgers nimmt die pädagogische Inspektion und Beratung die in Artikel 5 erwähnten Aufgaben für die Schulen wahr, die diesem Schulträger unterstehen.

*Auf Anfrage der Regierung berät sie andere pädagogische Einrichtungen*

## Umsetzung der Aufgaben

**Art. 7** - Für die in den Artikeln 4 bis 6 erwähnten Kontroll- und Beratungsaufgaben haben die pädagogischen Inspektoren-Berater das Recht:

1. dem Unterricht in Begleitung des Schulleiters oder seines Stellvertreters beizuwohnen, Schüler oder Studenten zu befragen oder befragen zu lassen, ihre Arbeiten zu untersuchen und sich Dokumente und Tagebücher vorlegen zu lassen;
2. die Arbeitsdokumente und Tagebücher der zu beratenden Personalmitglieder, den Stundenplan, die Protokolle der Klassenräte und Zulassungsräte sowie verschiedene Dokumente, die vorliegen oder aufbewahrt werden müssen, zur Kenntnis zu nehmen;
3. die Räumlichkeiten und die Ausrüstung der Schule zu begutachten;
4. Einsicht zu nehmen in alle Dokumente, die für die externe Evaluierung relevant sind.

Zusätzlich zu den in Absatz 1 aufgelisteten Hilfsmitteln haben die pädagogischen Inspektoren-Berater im Gemeinschaftsunterrichtswesen das Recht:

1. die angewandten pädagogischen Methoden zu überprüfen und zu bewerten;
2. die Personalmitglieder zu beraten, wobei darauf zu achten ist, den Personalmitgliedern gegenüber weder in der Öffentlichkeit noch in der Gegenwart der Schüler Bemerkungen zu machen.

KAPITEL II — *Abänderungsbestimmungen*

## Abänderung des Schulpaktgesetzes

**Art. 8** - Artikel 24 § 2 Absatz 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung wird durch eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt:

„3. sich der Kontrolle unterwerfen, die durch das Dekret vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert wird;“

## Abänderung des Grundschuldekretes

**Art. 9** - In Artikel 23 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird ein Punkt 11 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«11. sich der Kontrolle unterwirft, die durch das Dekret vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert wird.»

## Abänderung des Gesetzes über das Primarschulwesen

**Art. 10** - In den koordinierten Gesetzen vom 20. August 1957 über das Primarschulwesen werden die Begriffe „Kantonalinspektor“ und „beigeordneter Kantonalinspektor“ durch den Begriff „pädagogischer Inspektor-Berater“ ersetzt.

## Zuordnung einer Gehaltstabelle

**Art. 11** - In Artikel 2 Kapitel I B des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes sowie für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen PMS-Zentren sowie zur Gewährung eines Gehaltszuschlages wird vor dem letzten Passus über den Generalinspektor folgender Passus hinzugefügt:

«Pädagogischer Inspektor-Berater, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt .....475

Pädagogischer Inspektor-Berater, der nicht mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt .....275“

KAPITEL III — *Übergangsbestimmungen*

## Übergangsbestimmung

**Art. 12** - Um die in den Artikeln 4 bis 6 aufgeführten Aufgaben zu erfüllen, kann die Regierung bis zum Inkrafttreten eines Dekretes, das die Ausübung des Amtes eines pädagogischen Inspektor-Beraters in Mandatform festlegt oder aber spätestens bis zum Ende des Schuljahres 2005-2006 höchstens vier Personen, die die in Artikel 13 erwähnten Bedingungen erfüllen, einen Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens gewähren und sie ganzzeitig von ihren Tätigkeiten freistellen.

Die so bezeichneten Personen erhalten zu ihrem Gehalt eine Zulage. Die Zulage besteht aus dem Unterschied zwischen dem Jahresgehalt, das gemäß Artikel 2 von Kapitel I B desselben Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974, abgeändert durch Artikel 11 des vorliegenden Dekrets, festgelegt ist, und dem Jahresgehalt, das ihnen für das Amt zusteht, in dem sie definitiv ernannt sind.

## Übergangsbestimmung

**Art. 13** - Die Personalmitglieder können den Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens erhalten, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

1. Bürger der Europäischen Union sein; die Regierung kann Abweichungen gewähren;
2. ein Verhalten haben, das den Anforderungen der Stelle entspricht;
3. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen;
4. den Milizgesetzen genügt haben;

5. im Gemeinschaftsunterrichtswesen, im freien subventionierten oder im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen seit mindestens 10 Jahren Inhaber eines Amtes der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals sein, von denen mindestens zwei Jahre mit definitiver Ernennung oder Einstellung, wobei die definitive Ernennung oder Einstellung für einen vollständigen Stundenplan erfolgt ist;

6. Inhaber eines von der Regierung festgelegten erforderlichen Befähigungsnachweises für das in Nummer 5 angeführte Amt sein oder, was das subventionierte Unterrichtswesen betrifft, Inhaber eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises der Gruppe A für das in Nummer 5 angeführte Amt sein;

7. das Auswahlverfahren erfolgreich absolviert haben.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 14** - Die Regierung setzt einen Auswahlausschuss ein, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

1. der Vorsitzende, der im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in leitender Position mit dem Unterrichtswesen befasst ist und der mindestens in der Stufe I den Rang D bekleidet;

2. vier Personen, die mindestens Inhaber eines Diploms des Hochschulwesens sind.

Die Regierung bezeichnet den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführer, den stellvertretenden Schriftführer sowie die Mitglieder und jeweils ein Ersatzmitglied.

Der Schriftführer und der stellvertretende Schriftführer werden unter den Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet. Sie sind nicht stimmberechtigt.

Die Zusammensetzung des Auswahlausschusses wird im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 15** - § 1 - Der Auswahlausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

§ 2 - Die Entscheidungen werden durch Mehrheitsbeschluss getroffen, wobei der Vorsitzende nicht mitstimmt.

Stimmhaltungen sind unzulässig.

Liegt Stimmgleichheit vor, trifft in Abweichung von Absatz 1 der Vorsitzende die Entscheidung.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 16** - Die Teilnahmebedingungen, die die Bewerber erfüllen müssen, die Frist, die Form, in der die Bewerbungen eingereicht werden müssen, und die getrennt aufgeführte Anzahl Stellen für Personen, die schwerpunktmäßig im Grund- oder im Sekundarschulwesen tätig sein werden, werden der Öffentlichkeit anhand eines Aufrufs im Belgischen Staatsblatt mitgeteilt.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 17** - Der Auswahlausschuss berücksichtigt die vom Kandidaten eingereichten Dokumente, die Aufschluss geben über die Persönlichkeit des Kandidaten und seine Fähigkeit, die Tätigkeit eines pädagogischen Inspektor-Beraters auszuüben.

Die Kandidaten schreiben eine Abhandlung zu einem Thema, das in Zusammenhang mit der Ausübung der Tätigkeit eines pädagogischen Inspektor-Beraters steht.

Der Auswahlausschuss berücksichtigt außerdem die Erkenntnisse, die er in einem Gespräch mit dem Kandidaten über dessen Eignung als pädagogischer Inspektor-Berater gewonnen hat. Als Grundlage für das Gespräch dienen die in Absatz 1 erwähnten Dokumente und die in Absatz 2 erwähnte Abhandlung.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 18** - Bei der Endberatung erstellt der Auswahlausschuss eine Reihenfolge der Kandidaten, die geeignet sind, die Tätigkeit des pädagogischen Inspektor-Beraters auszuüben. Dabei ist zu unterscheiden, ob die Personen schwerpunktmäßig im Grund- oder im Sekundarschulwesen tätig sein werden.

Das Protokoll der Endberatung wird der Regierung zugestellt.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 19** - Weicht die Regierung bei der Gewährung eines Urlaubs wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens von der durch den Auswahlausschuss vorgegebenen Reihenfolge ab, muss sie dies ausführlich begründen.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 20** - Der Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens wird für ein Schuljahr gewährt und ist verlängerbar, ohne dass ein neuerliches Auswahlverfahren abgehalten wird.

#### Übergangsbestimmung

**Art. 21** - In Abweichung von Artikel 13 Nr. 7 kann die Regierung den Personalmitgliedern der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens oder des freien subventionierten Unterrichtswesens, die bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes im Rahmen eines Urlaubs im Interesse des Unterrichtswesens damit beauftragt sind, die Aufgaben eines pädagogischen Inspektor-Beraters wahrzunehmen, den in Artikel 12 erwähnten Urlaub gewähren, ohne dass die betreffenden Personalmitglieder sich dem Auswahlverfahren stellen müssen.

### KAPITEL IV — Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

#### Aufhebung

**Art. 22** - Werden aufgehoben:

1. Artikel 79 der koordinierten Gesetze vom 20. August 1957 über das Primarschulwesen,
2. der Königliche Erlass vom 26. Februar 1960 über die Inspektion der Studien in den subventionierten Unterrichtseinrichtungen,
3. der Königliche Erlass vom 14. Dezember 1976 über die Grundlagenregelung der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes, der mit der Aufsicht der staatlichen Einrichtungen beauftragt ist.

## Inkrafttreten

**Art. 23** - Das vorliegende Dekret tritt am Tag der Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.  
Eupen, den 24. März 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

## Fußnoten

Sitzungsperiode 2002-2003

Dokumente des Rates: 117 (2002-2003) Nr. 1 Dekretentwurf

117 (2002-2003) Nr. 2-3 Abänderungsvorschläge

117 (2002-2003) Nr. 4 Bericht

Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 24. März 2003

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 1784

[C - 2003/33032]

**24 MARS 2003. — Décret instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions (1)**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Instauration et missions*

Instauration

**Article 1<sup>er</sup>.** La Communauté germanophone instaure une inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement fondamental, secondaire et supérieur organisé, subventionné et reconnu par elle ainsi que pour la formation scolaire continuée.

Qualifications

**Art. 2.** Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

Nombre

**Art. 3.** L'inspection-guidance pédagogique se compose de quatre à six inspecteurs-conseillers pédagogiques. Le Gouvernement en fixe le nombre.

Missions de contrôle

**Art. 4.** L'inspection-guidance pédagogique remplit les missions de contrôle suivantes pour l'enseignement fondamental, secondaire et supérieur organisé, subventionné et reconnu par la Communauté germanophone ainsi que pour la formation scolaire continuée :

- 1° elle vérifie si les établissements d'enseignement respectent les plans d'activités, programmes scolaires ou plans d'études approuvés par le Gouvernement;
- 2° elle vérifie si les établissements d'enseignement respectent les dispositions relatives aux périodes de congé et de cours ainsi qu'aux horaires hebdomadaires minimaux;
- 3° elle vérifie si le projet de société est réalisé;
- 4° elle vérifie si les objectifs de développement ou les compétences-clés prescrits sont atteints;
- 5° elle participe à l'évaluation externe des écoles;
- 6° elle vérifie s'il est satisfait aux dispositions légales et réglementaires régissant l'obligation scolaire;
- 7° elle vérifie s'il est satisfait aux dispositions légales et réglementaires régissant l'emploi des langues dans l'enseignement;
- 8° elle vérifie si un établissement d'enseignement dispose d'un matériel didactique suffisant et d'un équipement scolaire adapté;
- 9° elle rend des avis au Gouvernement en ce qui concerne le financement, l'admissibilité aux subventions ou la reconnaissance d'établissements ou de sections d'enseignement;
- 10° elle remplit toutes les autres missions prévues par la loi ou le décret ou par les dispositions portant exécution de ceux-ci.

## Missions de guidance dans l'enseignement communautaire

**Art. 5.** L'inspection-guidance pédagogique remplit les missions de guidance suivantes pour l'enseignement fondamental, secondaire et supérieur organisé par la Communauté germanophone ainsi que pour la formation scolaire continuée :

- 1° elle coordonne l'élaboration de nouveaux plans d'activités, programmes scolaires ou plans d'études ou la révision de ceux qui existent;
- 2° elle développe ou adapte des concepts pédagogiques;
- 3° elle guide et conseille les membres du personnel, surtout en ce qui concerne les conceptions et méthodes pédagogiques;
- 4° elle remplit toutes les autres missions prévues par la loi ou le décret ou par les dispositions portant exécution de ceux-ci.

## Extension de la mission de guidance

**Art. 6.** A la demande d'un pouvoir organisateur subventionné ou reconnu, l'inspection-guidance pédagogique remplit les missions mentionnées à l'article 5 pour les écoles dépendant de ce pouvoir organisateur.

A la demande du Gouvernement, elle conseille d'autres institutions pédagogiques.

## Mise en œuvre des missions

**Art. 7.** Pour les missions de contrôle et de guidance visées aux articles 4 à 6, les inspecteurs-conseillers pédagogiques ont le droit :

- 1° d'assister aux leçons en compagnie du chef d'établissement ou de son délégué, d'interroger ou de faire interroger les élèves ou étudiants, d'examiner leurs travaux et de se faire produire documents et journaux de classe;
- 2° de prendre connaissance des documents de travail et journaux de classe des membres du personnel à conseiller, de l'horaire, des procès-verbaux dressés par les conseils de classe et conseils d'admission, ainsi que de différents documents qui doivent être présentés ou conservés;
- 3° d'émettre des avis quant aux locaux et à l'équipement de l'école;
- 4° de consulter tous les documents pertinents pour l'évaluation externe.

Dans l'enseignement communautaire, outre les aides énumérées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les inspecteurs-conseillers pédagogiques ont le droit :

- 1° d'examiner et évaluer les méthodes pédagogiques appliquées;
- 2° de conseiller les membres du personnel en veillant à ne pas leur faire de remarques en public ou en présence des élèves.

CHAPITRE II. — *Dispositions modificatives*

## Modification de la loi du Pacte scolaire

**Art. 8.** L'article 24, § 2, alinéa 2, 3°, de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« 3° se soumettre au contrôle organisé par le décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions; »

## Modification du décret relatif à l'enseignement fondamental

**Art. 9.** A l'article 23 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental est ajouté un point 11°, libellé comme suit :

« 11° elle se soumet au contrôle organisé par le décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions. »

## Modification de la loi sur l'enseignement primaire

**Art. 10.** Dans les lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1957, les termes « inspecteur cantonal » et « inspecteur cantonal adjoint » sont remplacés par « inspecteur-conseiller pédagogique ».

## Attribution d'une échelle de traitement

**Art. 11.** A l'article 2, Chapitre I B, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1<sup>er</sup> avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, le passage suivant est inséré avant le dernier passage relatif à l'inspecteur général :

« Inspecteur-conseiller pédagogique titulaire qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré ..... 475

Inspecteur-conseiller pédagogique qui ne dispose pas au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré ..... 275 ».

CHAPITRE III. — *Dispositions transitoires*

## Disposition transitoire

**Art. 12.** Afin de remplir les missions énumérées aux articles 4 à 6, le Gouvernement peut, d'ici l'entrée en vigueur d'un décret réglant sous forme de mandat l'exercice de la fonction d'inspecteur-conseiller pédagogique ou au plus tard jusqu'à la fin de l'année scolaire 2005-2006, octroyer un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement à quatre personnes maximum qui remplissent les conditions visées à l'article 13 et les libérer totalement de leurs activités.

Les personnes ainsi désignées reçoivent un complément de traitement. Ce complément équivaut à la différence entre le traitement annuel fixé conformément à l'article 2 chapitre I B du même arrêté royal du 27 juin 1974, modifié par l'article 11 du présent décret, et le traitement annuel auquel elles ont droit pour la fonction dans laquelle elles sont nommées à titre définitif.

## Disposition transitoire

**Art. 13.** Les membres du personnel peuvent obtenir un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement s'ils remplissent les conditions suivantes :

1° être citoyen de l'Union européenne; des dérogations peuvent être octroyées par le Gouvernement;

2° avoir une conduite répondant aux exigences de l'emploi;

3° jouir des droits civils et politiques;

4° avoir satisfait aux lois sur la milice;

5° dans l'enseignement communautaire, dans l'enseignement libre subventionné ou dans l'enseignement officiel subventionné, être titulaire depuis au moins dix ans d'une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant, dont au moins deux ans avec une nomination ou un engagement à titre définitif pour un horaire complet;

6° être porteur d'un titre de capacité requis déterminé par le Gouvernement pour la fonction visée au point 5° ou, en ce qui concerne l'enseignement subventionné, être porteur d'un titre de capacité du groupe A jugé suffisant pour la fonction visée au point 5°;

7° avoir passé avec succès la procédure de sélection.

## Disposition transitoire

**Art. 14.** Le Gouvernement instaure une commission de sélection composée des membres suivants :

1° le président qui, au sein du Ministère de la Communauté germanophone, revêt une fonction dirigeante en matière d'enseignement et occupe au moins le rang D au niveau I;

2° quatre personnes qui sont au moins titulaires d'un diplôme de l'enseignement supérieur.

Le Gouvernement désigne le président, le vice-président, le secrétaire, le secrétaire suppléant ainsi que les membres actifs et leur suppléant respectif.

Le secrétaire et le secrétaire suppléant sont désignés parmi les agents du Ministère de la Communauté germanophone. Ils n'ont pas voix délibérative.

La composition de la commission de sélection est publiée au *Moniteur belge*.

## Disposition transitoire

**Art. 15.** § 1<sup>er</sup> - La commission de sélection délibère valablement lorsqu'au moins deux tiers des membres sont présents.

§ 2 - Les décisions sont prises à la majorité, le président ne prenant pas part au vote.

Les abstentions ne sont pas admises.

En cas de parité des voix, c'est le président qui, en dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, prend la décision.

## Disposition transitoire

**Art. 16.** Les conditions de participation requises dans le chef des candidats, le délai et la forme dans laquelle les candidatures doivent être introduites, ainsi qu'une liste reprenant séparément le nombre d'emplois pour les personnes qui seront principalement affectées dans l'enseignement fondamental et dans l'enseignement secondaire sont portés à la connaissance du public par un appel aux candidats publié au *Moniteur belge*.

## Disposition transitoire

**Art. 17.** La commission de sélection prend en compte les documents remis par les candidats, qui donnent des éclaircissements sur leur personnalité et leur capacité à exercer les fonctions d'inspecteur-conseiller pédagogique.

Les candidats rédigent une dissertation sur un thème qui soit en rapport avec l'exercice de la fonction d'inspecteur-conseiller pédagogique.

La commission de sélection prend en outre en compte les conclusions qu'elle a tirées d'un entretien avec les candidats sur leurs aptitudes d'inspecteur-conseiller pédagogique. Les documents visés à l'alinéa 1<sup>er</sup> et la dissertation visée à l'alinéa 2 servent de base à cet entretien.

## Disposition transitoire

**Art. 18.** Lors de la délibération finale, la commission de sélection établit un classement des candidats qui sont aptes à exercer les fonctions d'inspecteur-conseiller pédagogique. Il est décidé à cette occasion si les personnes exerceront particulièrement dans l'enseignement fondamental ou dans l'enseignement secondaire.

Le procès-verbal de la délibération finale est envoyé au Gouvernement.

## Disposition transitoire

**Art. 19.** Si, lors de l'octroi d'un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement, le Gouvernement s'écarte du classement soumis par la commission de sélection, il doit dûment motiver son choix.

## Disposition transitoire

**Art. 20.** Le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement est octroyé pour une année scolaire et peut être prolongé sans effectuer de nouvelle procédure de sélection.

## Disposition transitoire

**Art. 21.** Par dérogation à l'article 13, 7°, le Gouvernement peut octroyer le congé dont question à l'article 12 aux membres du personnel de la catégorie du personnel de direction et enseignant de l'enseignement communautaire, de l'enseignement officiel subventionné ou de l'enseignement libre subventionné qui, déjà au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, sont chargés, dans le cadre d'un congé dans l'intérêt de l'enseignement, d'exercer les missions d'un inspecteur-conseiller pédagogique, sans que les membres du personnel concernés se soumettent à la procédure de sélection.

CHAPITRE IV. — *Dispositions abrogatoires et finales*

## Abrogation

**Art. 22.** Sont abrogés :

1° l'article 79 des lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1957;

2° l'arrêté royal du 26 février 1960 relatif à l'inspection des études dans les établissements d'enseignement subventionnés;

3° l'arrêté royal du 14 décembre 1976 portant règlement organique du personnel du service d'inspection, chargé de la surveillance des établissements de l'Etat.

## Entrée en vigueur

**Art. 23.** Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 24 mars 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone  
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments,  
de la Santé et des Affaires sociales

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 1784

[C — 2003/33032]

**24 MAART 2003. — Decreet houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan (1)**

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Oprichting en opdrachten*

## Oprichting

**Artikel 1.** De Duitstalige Gemeenschap richt een pedagogische inspectie-begeleiding op voor het door haar georganiseerd, gesubsidieerd en erkend basis-, secundair en hoger onderwijs alsmede voor de voortgezette schoolopleiding.

## Hoedanigheden

**Art. 2.** In dit decreet gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

## Aantal

**Art. 3.** De pedagogische inspectie-begeleiding is samengesteld uit vier tot zes pedagogische inspecteurs-adviseurs. De Regering legt het aantal vast.

### Controle-opdrachten

**Art. 4.** De pedagogische inspectie-begeleiding vervult de volgende controle-opdrachten voor het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd en erkend basis-, secundair en hoger onderwijs alsmede voor de voortgezette schoolopleiding :

- 1° ze gaat na of de onderwijsinstellingen de door de Regering goedgekeurde activiteitenplannen, studieprogramma's of leerplannen naleven;
- 2° ze gaat na of de onderwijsinstellingen de bepalingen m.b.t. de verlopen en de cursussen alsmede het minimale aantal wekelijkse lestijden naleven;
- 3° ze gaat na of het maatschappelijk project verwezenlijkt wordt;
- 4° ze gaat na of de voorgeschreven ontwikkelingsdoelen en/of sleutelbevoegdheden bereikt zijn;
- 5° ze neemt deel aan de externe evaluatie van de scholen;
- 6° ze gaat na of er aan de wettelijke en reglementaire bepalingen inzake leerplicht voldaan wordt;
- 7° ze gaat na of er aan de wettelijke en reglementaire bepalingen inzake taalregeling in het onderwijs voldaan wordt;
- 8° ze gaat na of een onderwijsinstelling over voldoende leermiddelen en over een aangepaste onderwijsvoorziening beschikt;
- 9° ze geeft de Regering adviezen over de financiering, de subsidieerbaarheid en de erkenning van onderwijsinstellingen of -afdelingen;
- 10° ze vervult alle andere opdrachten bepaald door de wet, het decreet of de bepalingen tot uitvoering ervan.

#### Begeleidingsopdrachten in het Gemeenschapsonderwijs

**Art. 5.** De pedagogische inspectie-begeleiding vervult de volgende begeleidingsopdrachten voor het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd en erkend basis-, secundair en hoger onderwijs alsmede voor de voortgezette schoolopleiding :

- 1° ze coördineert de uitwerking van nieuwe en/of de herziening van bestaande activiteitenplannen, studieprogramma's of leerplannen;
- 2° ze ontwikkelt of bewerkt pedagogische concepten;
- 3° ze begeleidt de personeelsleden en geeft hen adviezen, vooral wat de pedagogische opvattingen en methodes betreft;
- 4° ze vervult alle andere opdrachten bepaald door de wet, het decreet of de bepalingen tot uitvoering ervan.

#### Uitbreiding van de begeleidingsopdracht

**Art. 6.** Op verzoek van een gesubsidieerde of erkende inrichtende macht kan de pedagogische inspectie-begeleiding de in artikel 5 bepaalde opdrachten vervullen voor de scholen die onder deze inrichtende macht ressorteren.

Op verzoek van de Regering geeft ze adviezen aan andere pedagogische instellingen.

#### Uitvoering van de opdrachten

**Art. 7.** Voor de controle- en begeleidingsopdrachten bepaald in de artikelen 4 tot 6 hebben de pedagogische inspecteurs-adviseurs het recht om :

- 1° het onderricht met het inrichtingshoofd of zijn plaatsvervanger bij te wonen, de leerlingen of studenten vragen te stellen of te laten stellen, hun werk te onderzoeken en zich documenten en dagboeken te laten voorleggen;
- 2° de werkdocumenten en dagboeken van de te begeleiden personeelsleden, de lessentabel, de notulen van de klasraden en toelatingsraden alsmede verschillende documenten die ofwel ter beschikking gesteld ofwel bewaard moeten worden ter inzage nemen;
- 3° een advies uit te brengen over de ruimten en de uitrusting van de school;
- 4° alle documenten ter inzage nemen die voor de externe evaluatie relevant zijn;

In het Gemeenschapsonderwijs hebben de pedagogische inspecteurs-adviseurs, naast de hulpmiddelen opgenomen in het eerste lid, bovendien het recht om :

- 1° de toegepaste pedagogische methodes te onderzoeken en te evalueren;
- 2° de personeelsleden adviezen te verstrekken, waarbij ervoor moet worden gezorgd dat geen bemerking t.o.v. de personeelsleden uitgedrukt wordt, noch in het openbaar noch in aanwezigheid van de leerlingen.

### HOOFDSTUK II. — *Wijzigingsbepalingen*

#### Wijziging van de schoolpactwet

**Art. 8.** Artikel 24, § 2, lid 2, nr. 3 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 3° zich aan het toezicht onderwerpen dat georganiseerd is bij het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan; »

#### Wijziging van het decreet betreffende het basisonderwijs

**Art. 9.** In artikel 23 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt een punt 11° ingevoegd, luidend als volgt :

« 11° zich aan het toezicht onderwerpt dat georganiseerd is bij het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan. »



## Wijziging van de wet op het lager onderwijs

**Art. 10.** In de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957, worden de begrippen « kantonale inspecteur » en « kantonale adjunct-inspecteur » door het begrip « pedagogisch inspecteur-adviseur » vervangen.

## Toewijzing van een weddeschaal

**Art. 11.** In artikel 2 hoofdstuk IB van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat, wordt volgende passus ingevoegd vóór de laatste passus betreffende de inspecteur-generaal :

« Pedagogisch inspecteur-adviseur die ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad bezit ..... 475

Pedagogisch inspecteur-adviseur die niet ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad bezit ..... 275 »

HOOFDSTUK III. — *Overgangsbepalingen*

## Overgangsbepaling

**Art. 12.** Om de in de artikelen 4 tot 6 bepaalde opgaven te vervullen kan de Regering, tot de inwerkingtreding van een decreet dat de uitoefening van het ambt als pedagogisch inspecteur-adviseur in de vorm van een mandaat vastlegt of ten laatste tot het einde van het schooljaar 2005-2006, ten hoogste vier personen die aan de in artikel 13 bepaalde voorwaarden voldoen een verlof voor een opdracht in het belang van het onderwijs verlenen en zij helemaal van hun werkzaamheden vrijstellen.

De zo aangewezen personen verkrijgen een weddebijslag. Dit bijslag is gelijk aan het verschil tussen de jaarwedde vastgelegd overeenkomstig artikel 2 hoofdstuk IB van het koninklijk besluit van 27 juni 1974, gewijzigd bij artikel 11 van voorliggend decreet, en de jaarwedde waarop zij recht hebben voor het ambt waarin zij vastbenoemd zijn.

## Overgangsbepaling

**Art. 13.** De personeelsleden mogen het verlof voor een opdracht in het belang van het onderwijs verkrijgen, als zij aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° burger van de Europese Unie zijn; afwijkingen kunnen worden toegestaan door de Regering;

2° een gedrag hebben dat overeenstemt met de vereisten van de betrekking;

3° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

4° aan de dienstplichtwetten hebben voldaan;

5° in het Gemeenschapsonderwijs, het gesubsidieerd vrij onderwijs of het gesubsidieerd officieel onderwijs, sinds ten minste 10 jaar titularis zijn van een ambt van de categorie bestuurs- en onderwijzend personeel, waaronder ten minste twee jaar met een benoeming of aanstelling in vast verband; waarbij de vaste benoeming of aanstelling voor een volledig uurrooster heeft plaatsgevonden;

6° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs bepaald door de Regering voor het ambt bedoeld onder punt 5° of, wat het gesubsidieerd onderwijs betreft, houder zijn van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van groep A voor het ambt bedoeld onder punt 5°;

7° voor de selectieprocedure geslaagd zijn.

## Overgangsbepaling

**Art. 14.** De Regering richt een selectiecommissie op, samengesteld uit volgende leden :

1° de voorzitter, die bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een leidende functie inzake Onderwijs uitoefent en ten minste de rang D van het niveau I bekleedt;

2° vier personen die ten minste houders zijn van een diploma van het hoger onderwijs.

De Regering wijst de voorzitter, de ondervoorzitter, de secretaris, de plaatsvervangende secretaris alsmede de werkende leden en hun plaatsvervangers.

De secretaris en de plaatsvervangende secretaris worden tussen de beambten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen. Zij zijn niet stemgerechtigd.

De samenstelling van de selectiecommissie wordt in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt.

## Overgangsbepaling

**Art. 15.** § 1 - De selectiecommissie kan slechts rechtsgeldig beraadslagen als ten minste twee derden van de leden aanwezig zijn.

§ 2 - De beslissingen worden genomen met de meerderheid van de stemmen, waarbij de voorzitter aan de stemming niet deelneemt.

Stemonthoudingen zijn niet toegelaten.

Bij staking van stemmen neemt de voorzitter, in afwijking van het eerste lid, de beslissing.

## Overgangsbepaling

**Art. 16.** De deelnemingsvoorwaarden, de termijn en de vorm qua indiening van de kandidaturen, alsmede, in een apart opgestelde lijst, het aantal betrekkingen voor de personen die hoofdzakelijk in het basis- of in het secundair onderwijs werkzaam zullen zijn, worden ter kennis van het publiek gebracht door een oproep tot de gegadigden in het *Belgisch Staatsblad*.

## Overgangsbepaling

**Art. 17.** De selectiecommissie houdt rekening met de documenten ingediend door de kandidaten en die inlichtingen geven over hun persoonlijkheid en hun bekwaamheid om het ambt als pedagogisch inspecteur-adviseur uit te oefenen.

De kandidaten schrijven een verhandeling over een thema dat betrekking heeft met de uitoefening van het ambt als pedagogisch inspecteur-adviseur.

Dankzij een gesprek met de kandidaten, waarvoor de documenten bedoeld in het eerste lid en de verhandeling bedoeld in het tweede lid als basis dienen, zal de selectiecommissie inzicht krijgen in hun bekwaamheid om het ambt als pedagogisch inspecteur-adviseur uit te oefenen; zij zal ook ermee rekening houden.

## Overgangsbepaling

**Art. 18.** Bij de eindberaadslaging stelt de selectiecommissie een lijst met de kandidaten op die bekwaam zijn om het ambt als pedagogisch inspecteur-adviseur uit te oefenen. Daarbij zal een onderscheid worden gemaakt tussen de personen die hoofdzakelijk in het basis- of in het secundair onderwijs werkzaam zullen zijn.

Het proces-verbaal opgesteld bij de eindberaadslaging wordt aan de Regering toegezonden.

## Overgangsbepaling

**Art. 19.** Indien de Regering, bij de verlening van een verlof voor een opdracht in het belang van het onderwijs, van de door de selectiecommissie voorgestelde volgorde afwijkt, dan moet ze dat uitvoerig met redenen omkleeden.

## Overgangsbepaling

**Art. 20.** Het verlof voor een opdracht in het belang van het onderwijs wordt voor een schooljaar verleend en is hernieuwbaar zonder dat een nieuwe selectieprocedure moet plaatsvinden.

## Overgangsbepaling

**Art. 21.** In afwijking van artikel 13, 7°, kan de Regering de personeelsleden van de categorie bestuurs- en onderwijzend personeel van het Gemeenschapsonderwijs, van het gesubsidieerd officieel onderwijs of van het gesubsidieerd vrij onderwijs die, bij de inwerkingtreding van voorliggend decreet, al ermee belast zijn de opdrachten van een pedagogisch inspecteur-adviseur te vervullen het in artikel 12 bedoeld verlof voor een opdracht in het belang van het onderwijs verlenen, zonder dat de betrokken personeelsleden aan de selectieprocedure moeten deelnemen.

HOOFDSTUK IV. — *Opheffings- en slotbepalingen*

## Opheffing

**Art. 22.** Worden opgeheven :

1° artikel 79 van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957;

2° het koninklijk besluit van 26 februari 1960 betreffende de inspectie van de studiën in de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen;

3° het koninklijk besluit van 14 december 1976 houdende organiek reglement van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op de rijksinrichtingen.

## Inwerkingtreding

**Art. 23.** Voorliggend decreet treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 24 maart 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden